

Antrag 66/II/2025 KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Koloniales Unrecht in Namibia anerkennen – Wiedergutmachung, Rückgabe und Dialog mit den Betroffenen jetzt vorantreiben

Beschluss: Überweisung

Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine gerechte und umfassende Aufarbeitung des Genozids an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (heute Namibia) ein. Dazu fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder in Exekutive und Legislative auf Bundes- und Landesebene auf:

1. Neuaufage und Erweiterung des deutsch-namibischen Versöhnungsabkommens unter angemessener Beteiligung von Repräsentant*innen der Herero- und Nama-Gemeinschaften.
2. Anerkennung und finanzielle Wiedergutmachung über die bisherigen Entwicklungszusagen hinaus – ausdrücklich als Entschädigung für das kollektive Unrecht der kolonialen Gewalt und des Genozids.
3. Die Restitution menschlicher Gebeine und Kulturgüter, die sich in deutschen Museen, Universitäten und privaten Sammlungen befinden, nach Namibia – in Kooperation mit lokalen Ahnenräten, Museen und zivilgesellschaftlichen Gruppen.
4. Die Einrichtung eines dauerhaften deutsch-namibischen Dialogforums, das die historischen Nachwirkungen des Genozids thematisiert, Versöhnungsinitiativen begleitet und konkrete Projekte (z. B. Bildungsprogramme, Gedenkkarte) unterstützt.
5. Die Einrichtung eines offiziellen Gedenkortes in Berlin, in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Herero und Nama, um die Erinnerung an den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts dauerhaft sichtbar zu machen.
6. Eine Untersuchung, wie die deutsche Bundesregierung mit der Frage nach finanzieller Wiedergutmachung umgegangen ist.

Zusätzlich fordern wir eine interne Auseinandersetzung der SPD mit ihrer eigenen kolonialen Geschichte und möglichen Mitverantwortung während des Kaiserreichs und darüber hinaus.

Überweisen an

FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung